

Nr. 187.08 / 22.5.2008

Forderungen zu Hartz IV dürfen nicht ungehört bleiben!

Zum aktuellen Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Die Eingaben bei der Bürgerbeauftragten haben ein neues Rekordniveau erreicht. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist der Anstieg im Bereich des Arbeitslosengeldes II um 28 Prozent. Die Situation in den ARGEN ist im vierten Jahr von Hartz IV offenbar nicht besser, sondern schlechter geworden – für Arbeitssuchende, aber auch für die MitarbeiterInnen.

Die Forderungen der Bürgerbeauftragten zu Hartz IV finden unsere volle Unterstützung. Die Vorschläge für eine Verbesserung der Verwaltungsabläufe in den ARGEN und Optionskommunen treffen mitten in die offene Wunde. Was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, findet in der Realität nicht statt: aktive und zügige Vermittlung, passgenaue Angebote, zeitnahe Antragsabwicklung, qualifizierte individuelle Beratung, nachvollziehbare Bescheide, Unterstützung in begleitenden sozialen Fragen.

Diese Praxisanalyse der Bürgerbeauftragten ist unverzichtbar. Wir sehen darin eine Bestätigung für unseren Vorschlag, Arbeitsverwaltung und Vermittlung in die kommunale Verantwortung zu geben: Hilfen müssen transparent sein, aus einer Hand kommen und regional umgesetzt werden.

Die Arbeit der Bürgerbeauftragten und ihres Teams ist unverzichtbar. Wir hoffen, dass die klugen Vorschläge von Birgit Wille-Handels und ihrem Team auch bei der Landesregierung nicht ungehört bleiben.
